

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

17. November 2017

Sprecher
Gert Bork t 0281-64355
g.bork@t-online.de

www.betuwe-niederrhein.de

Ausbau der BETUWE Güterzug-Trasse von Oberhausen bis Emmerich *Konkretes Ergebnis beim Bürger-Information-Dialog*

- Verfahren zur Ermittlung der Mehrkosten vereinbart
- Konkreter Zeitplan

Der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für Nordrhein-Westfalen, Werner Lübberink, und Stefan Ventzke, Gesamtprojektleiter für den Betuwe-Ausbau, hatten die Bürgerinitiativen wieder zum Dialog nach Wesel in das Informationszentrum der Deutschen Bahn AG geladen.

Die Bürgerinitiativen konnten noch einmal den von Staatssekretär Enak Ferlemann vom Bundesverkehrsministerium gezeichneten Weg zur Finanzierung von zeitgemäßem Lärmschutz erläutern, wie zuvor schon dem Projektbeirat am 14. Juni 2017. Bei der Übergabe des Niederrheinischen Appells in Berlin am 1. Juni 2017 wurde von Enak Ferlemann vorgeschlagen, die Deutsche Bahn AG zu beauftragen, diese Zusatzaufwendungen in konkreten Kosten zu beziffern.

Zentraler Punkt für die Finanzierung von Mehrkosten durch den Bund ist ein Antrag im Bundestag auf Einplanung eben jener Mehrkosten. Bisher scheiterten die Bürgerinitiativen, übergreifend für alle sieben Kommunen eine Summe zu ermitteln – es konnten nur grobe Schätzungen bemüht werden.

Die Bahn hat *nach ihrer Auffassung* nach geltenden Gesetzen geplant. Mehrkosten für Wünsche der Kommunen zu ermitteln, ist aufwendig. Die Bürgerinitiativen konnten Werner Lübberink und Stefan Ventzke überzeugen, dass diese Kostenermittlung nicht als Vorwurf genutzt wird und nicht zum Schaden der Deutschen Bahn AG sein soll. Die Bahn wird bei der Ermittlung die – ihrer Auffassung nach bisher – fehlende rechtliche Grundlage klar benennen.

Je Kommune soll jeweils eine kurze Aufstellung mit wichtigen Maßnahmen erstellt werden, die als Grundlage für eine Kostenschätzung der Deutschen Bahn AG für die jeweiligen Maßnahmen dient. Dann können unsere hiesigen Bundestagsabgeordneten – wie am 1. Juni 2017 bereits geplant – einen Antrag im Bundestag vorbereiten.

Als gemeinsames Zeitziel wurde die nächste Projektbeiratssitzung am 25. Januar 2018 anvisiert. Knapp, aber nicht unmöglich. Die Bürgerinitiativen werden die Bürgermeister auffordern, noch in diesem Jahr die komprimierte Liste mit dringend erforderlichen Maßnahmen bereitzustellen.

„Wir sprechen alle Bürgermeister sofort direkt an, damit Sie diese Chance für uns Bürger ergreifen und noch dieses Jahr gemeinsam die Basis für einen Antrag im Bundestag schaffen“, versprach Gert Bork hoch motiviert und erfreut, etwas Konkretes erreicht zu haben. Angesichts der Komplexität des Projektes zeigte sich auch Werner Lübberink nach dem Dialog zuversichtlich:

Anlagen:
Pressemeldungen zu im Text erwähnten Terminen zum Download:
www.betuwe-niederrhein.de/Pressemeldungen